

TOP 10 - BERATUNGSVORLAGE

LEITLINIEN

ZUR KOMMUNALWAHL 2018

71. Landesparteitag | 25. November 2017

Leitlinien zur Kommunalwahl 2018:

**Mit starken und handlungsfähigen Kommunen
die Herausforderungen der Zukunft meistern**

Gliederung

	Seite
Präambel	2
I. Die Rolle der Kommunen in Schleswig-Holstein	3
II. Generationengerechtes Miteinander in Stadt und Land	5
III. Bildung, Betreuung und Soziales	8
IV. Umwelt, Klima und Siedlungsentwicklung	11
V. Wirtschaft, Verkehr und Tourismus	13

36 **Präambel**

37

38 Am 6. Mai 2018 haben die Bürgerinnen und Bürger in den mehr als 1.000 Kommunen Schleswig-
39 Holsteins die Gelegenheit, bei der Kommunalwahl unmittelbaren Einfluss auf die Gestaltung ihres
40 ganz persönlichen Lebensumfeldes zu nehmen: Die Zukunft ihrer Gemeinde, ihrer Stadt, ihres
41 Kreises.

42

43 Die CDU ist in unserem Land die mit Abstand stärkste kommunale Kraft. Mehr als 4.500 Kommu-
44 nalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unserer Partei bringen ihr Wissen, ihre Kraft und ihre
45 Freizeit ein, um in den kommunalen Vertretungen ehrenamtlich ihr Gemeinwesen zu gestalten.
46 Dieser Einsatz wird von uns hoch geschätzt und muss durch eine kommunalfreundliche Politik der
47 Landesregierung bewahrt und gefördert werden.

48

49 Die neue CDU-geführte Landesregierung in Kiel steht für diese Politik. Sie bekennt sich ausdrück-
50 lich zu einer fairen Partnerschaft mit den Kommunen, zu einer eigenverantwortlichen kommunalen
51 Selbstverwaltung und zu einer für die zu erfüllenden Aufgaben angemessenen finanziellen Aus-
52 stattung. Die Landesregierung führt den Dialog mit den Kommunen auf Augenhöhe. Die Meinun-
53 gen der Kreise, Städte und Gemeinden werden gehört und ernst genommen. Zwischen Land und
54 Kommunen existiert wieder ein partnerschaftliches Verhältnis und nicht mehr der alte, von Miss-
55 trauen und Hierarchien geprägte Umgang.

56

57 Es entspricht den Grundsätzen christdemokratischer Politik, die Kommunen auch künftig in die
58 Lage zu versetzen, organisatorisch und finanziell handlungsfähig zu bleiben und selbstbestimmt
59 darüber zu entscheiden, was die besten Lösungen für das Gemeinwesen vor Ort sind. Unser Ziel ist
60 es, den Bürgerinnen und Bürgern in den Kreisen, Städten und Gemeinden die bestmögliche Le-
61 bensqualität zu bieten. Wir haben stets im Blick, dass sich demografische Strukturen sowohl in den
62 ländlichen als auch in den städtischen Bereichen verändern und sich die Bedürfnisse der Bürgerin-
63 nen und Bürger – zum Teil unterschiedlich – weiterentwickeln.

64

65 Darum werden wir weiterhin für die Menschen in unserem Land arbeiten: An guten, ausreichenden
66 und bedarfsgerechten Angeboten in den Bereichen Bildung und Betreuung von Kindern, von der
67 Kleinstkinderbetreuung bis zur Ganztagschule, von der frühkindlichen Bildung bis zur Berufsschu-
68 le. An bedarfsgerechten, sozialen und tragfähigen Konzepten zur Inklusion und Integration. An
69 einer Politik, die auch den Bedürfnissen der älteren Generation Rechnung trägt. An der Ausgestal-
70 tung der Energiewende vor Ort. An der Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge als Kern der Kom-
71 munalen Selbstverwaltung, um auch in Zukunft die hohe Lebensqualität in unseren Kommunen
72 sicherzustellen. An den Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung unserer Gesellschaft
73 auch für die Kommunen ergeben. An einem gedeihlichen Miteinander von Landwirtschaft und
74 Umwelt. An einer Politik vor Ort, die die Wirtschaft unterstützt, Arbeitsplätze schafft und dazu
75 beiträgt, benachteiligten Mitbürgerinnen und Mitbürgern ihren Platz in der Gesellschaft zu si-
76 chern. An einer Stärkung und Unterstützung unserer ehrenamtlichen Strukturen in Kommunalpoli-
77 tik, Kultur, Sozialverbänden, Sport oder Rettungswesen. Und an einer Beteiligung von Bürgerinnen
78 und Bürgern an der Gestaltung ihres kommunalen Lebensumfeldes, denn Bürgerbeteiligung
79 schafft Transparenz, Akzeptanz und Mitverantwortung.

80

81 Die Leitlinien zur Kommunalwahl 2018 bilden den inhaltlichen Rahmen für die kommunale Arbeit
82 vor Ort. Mit unseren Zielen und mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten werben wir um Zu-
83 stimmung für unsere Politik. Jede Stimme für die CDU steht für starke, eigenständige und hand-
84 lungsfähige Kreise, Städte und Gemeinden in unserem Schleswig-Holstein.

85

86 **I. Die Rolle der Kommunen in Schleswig-Holstein**

87

88 Die Städte und Gemeinden in Schleswig sind mehr als Verwaltungseinheiten. Für die Einwohnerin-
89 nen und Einwohner sind sie Heimat und Identifikationspunkt. Sie bieten Lebensqualität, ein sozia-
90 les und gesellschaftliches Umfeld und ein breites Angebot an Leistungen der Daseinsvorsorge. Die
91 Städte und Gemeinden sind damit der Mittelpunkt der Gemeinschaft und des gesellschaftlichen
92 Lebens. Die Kreise mit ihrer wichtigen Ergänzungs- und Unterstützungsfunktion sind ebenfalls für
93 die Funktion des kommunalen Systems unerlässlich.

94

95 Selbstverwaltung mit dem ehrenamtlichen Engagement tausender Frauen und Männer ist ein ho-
96 hes Gut, das nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Die CDU ist für eine Vereinfachung von Verwal-
97 tungsabläufen sowie für Kooperationen und freiwillige Zusammenschlüsse, um auch kleinen Kom-
98 munen die Erfüllung ihrer Aufgaben dauerhaft zu ermöglichen. Wir stehen zu unserem Grundsatz,
99 dass es keine von oben verordnete Gebietsreform und Gemeindefusionen geben darf.

100

101 Das Ziel der CDU ist es, sicherzustellen, dass die Kommunen ihre wichtigen Aufgaben dauerhaft
102 wahrnehmen können. Nur handlungsfähige Städte und Gemeinden werden die Herausforderungen
103 der Zukunft bewältigen. Die kommunale Selbstverwaltung muss hierfür dauerhaft und nachhaltig
104 gestärkt werden. Denn die Aufgaben vor Ort können am besten durch die Verantwortlichen vor
105 Ort bewältigt werden. Deshalb brauchen Städte und Gemeinden nicht nur die rechtliche, sondern
106 auch die tatsächliche Möglichkeit, eigenverantwortlich das Leben in der Gemeinschaft zu gestal-
107 ten. Hierfür sind insbesondere auch die nötigen finanziellen Spielräume erforderlich.

108

109 Heimat und Daseinsvorsorge

110

111 Die Kreise, Städte und Gemeinden stellen maßgeblich die Leistungen der Daseinsvorsorge für die
112 Menschen vor Ort sicher. Mobilität, Gesundheitsversorgung und Freizeitangebote aber auch die
113 Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs müssen für alle Menschen zumutbar erreicht
114 werden können. Unser Ziel als CDU ist es, diesen Zugang allen – egal ob im städtischen Bereich
115 oder im ländlichen Raum – zu ermöglichen. Nur dort, wo die maßgeblichen Lebensbedürfnisse be-
116 friedigt werden können, fühlen sich die Einwohner wirklich zuhause. Hierfür bedarf es passender
117 Rahmenbedingungen und einer langfristigen Planungssicherheit.

118

119 Kreis-, Gemeinde- und Verwaltungsstrukturen

120

121 Die historisch gewachsenen Strukturen in Schleswig-Holstein sind eine der großen Stärken unseres
122 Landes. Die Kombination aus kleinen Gemeinden und großen Städten, aus ländlich geprägten Re-
123 gionen und großstädtischen Bereichen sind Ausdruck der Vielschichtigkeit.

124

125 Die Anforderungen an eine moderne, leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung haben sich in
126 den vergangenen Jahren gewandelt. Vor allem kommunale Verwaltungen sind für die Bürgerinnen
127 und Bürger Dienstleister geworden. Heute richtet sich die Verwaltung an den Bedürfnissen der
128 Menschen aus. Kommunalverwaltungen müssen die Chancen der fortschreitenden Digitalisierung
129 nutzen. Die digitale Verwaltung bietet den Einwohnerinnen und Einwohnern einen unkomplizier-
130 ten Zugang zu Leistungen der Verwaltung. Diesen Prozess wollen wir als CDU weiter konsequent
131 vorantreiben. Insbesondere wollen wir die Benutzerfreundlichkeit durch eine stärkere Nutzung der
132 Instrumente des e-Governments und die bessere Vernetzung von Landes- und Kommunalverwal-
133 tungen erhöhen.

134

135 Auch der öffentliche Dienst leidet unter dem demografischen Wandel in der Arbeitswelt und dem
136 zunehmenden Fachkräftemangel. Wenn die Kreise, Städte, Gemeinden, Ämter und Zweckverbände
auch künftig qualifiziertes Personal gewinnen wollen, müssen sich die Verwaltungen als attraktive

137 Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe präsentieren. Mit sicheren Arbeitsplätzen, flexiblen Arbeits-
138 bedingungen, einem modernen Tarifrecht und interessanten Tätigkeitsfeldern, die dem Wohl unse-
139 res Gemeinwesens dienen.

140

141 Bürgerbeteiligung und Wahlen

142

143 Die Einbeziehung der Menschen vor Ort in Entscheidungen vor Ort ist der CDU ein wichtiges An-
144 liegen. Wir stehen deshalb für einen konsequenten Dialog zwischen den Einwohnerinnen und Ein-
145 wohnern und denjenigen, die politische Verantwortung tragen.

146

147 Die bestehenden Instrumente der unmittelbaren Demokratie ermöglichen bei wichtigen Entschei-
148 dungen eine direkte Beteiligung der Menschen vor Ort. Allerdings müssen diese Instrumente so
149 ausgestaltet sein, dass sie das Prinzip der repräsentativen Demokratie nicht überlagern und sicher-
150 stellen, dass sie nur im Falle überragend wichtiger Entscheidungen zum Einsatz kommen. Eine wei-
151 tere Absenkung der Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide lehnt die CDU deshalb ab.

152

153 Das Kommunalwahlrecht muss so ausgestaltet sein, dass auch in den kommunalen Vertretungs-
154 körperschaften die Bildung stabiler Mehrheiten möglich ist. Nur so sind Kommunen ausreichend
155 arbeits- und entscheidungsfähig, um ihre Aufgaben und die anstehenden Herausforderungen zu
156 meistern. Die CDU hält deshalb auch auf kommunaler Ebene die Wiedereinführung einer Sperr-
157 klausel in Höhe von 4 Prozent für erforderlich.

158

159 Auch das bestehende System der Mandatsverteilung nach Sainte-Lague hat zu einer Zersplitterung
160 von Gemeinde- und Stadtvertretungen sowie Kreistagen beigetragen. Eine Rückkehr zum Verfah-
161 ren nach d'Hondt ist aus Sicht der CDU deshalb dringend erforderlich.

162

163 Finanzausstattung

164

165 Starke Kommunen brauchen eine finanzielle Ausstattung, die ihnen nicht nur die Wahrnehmung
166 gesetzlicher Pflichtaufgaben ermöglicht, sondern ihnen Spielräume für freiwillige Aufgaben
167 schafft. Ob Investitionen in Sport, in Kultur oder in die Stadtgestaltung: Freiwillige Leistungen
168 tragen maßgeblich zur Lebensqualität der Städte und Gemeinden bei und sind daher unerlässlich.

169

170 Die Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen engt die Spielräume für freiwillige Leistungen
171 ein. Das Ziel der CDU ist es deshalb, Aufgabenübertragungen durch die Bundes- und Landesebene
172 an die Kreise, Städte und Gemeinden nur zurückhaltend und nur dann zuzulassen, wenn die Kosten
173 hierfür vollständig gedeckt werden.

174

175 Ziel muss es sein, den kommunalen Finanzausgleich so zu gestalten, dass er den gesetzlichen und
176 übertragenden Aufgaben der Kommunen gerecht wird und zudem Spielräume für freiwillige Lei-
177 stungen sichert. Eine aufgabenadäquate Finanzausstattung unter den Bedingungen des Verfas-
178 sungsgerichtsurteils erfordert aus Sicht der CDU eine spürbare Erhöhung der Ausgleichsmasse.

179

180 **II. Generationengerechtes Miteinander in Stadt und Land**

181

182 Gute allgemeine Lebensbedingungen und eine hervorragende medizinische Versorgung erhöhen
183 die Lebensqualität sowie die Lebenserwartung der Menschen in unserem Land. Die Menschen in
184 Schleswig Holstein werden älter und nehmen länger und aktiver am Leben teil. Gleichzeitig führen
185 gesellschaftliche Veränderungen dazu, dass in vielen Teilen des Landes die Geburtenzahlen rück-
186 läufig sind.

187

188 Die sich hierdurch ergebenden neuen und veränderten Bedürfnisse bieten große Chancen für eine
189 generationengerechte Anpassung der allgemeinen Daseinsvorsorge in allen Bereichen des öffentli-
190 chen Lebens. Orte der Begegnung schaffen Kommunikation und Verständnis im täglichen Mitei-
191 nander. Der Zusammenhalt von Menschen in einer Gemeinschaft wirkt der der Vereinsamung ein-
192 zelter oder der Abspaltung von Gruppen entgegen.

193

194 Zusammenleben der Generationen

195

196 Seit jeher leben die Menschen in Schleswig-Holstein in gutem und generationsübergreifendem
197 Einvernehmen zusammen. Gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistung sowie nachbarschaftliche
198 Freundschaft prägen die Kultur des Zusammenlebens in unserer Heimat. Die kleinteiligen ländlichen
199 Einheiten fördern dieses gute Miteinander aller Menschen ebenso, wie die guten städtischen Quar-
200 tierstrukturen.

201

202 Das Gemeinwesen vor Ort lebt vom vielseitigen ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement der
203 Bürgerinnen und Bürger. Das Mitwirken der älteren Generation in Vereinen, Verbänden und Insti-
204 tutionen wird zunehmend wichtiger, um eine verlässliche Basis für das Gemeinwohl in allen Berei-
205 chen des öffentlichen Lebens vor Ort zu sichern.

206

207 Seniorinnen und Senioren sind agil wie nie zuvor. Diesen Erfahrungsschatz müssen wir im Zuge des
208 demographischen Wandels für unser Zusammenleben in den Kommunen nutzen. Die Mitwirkung
209 in Seniorenbeiräten, in Vereinen und Verbänden, erhält unsere volle Wertschätzung und ist unver-
210 zichtbar. Mehrgenerationenhäuser wollen wir wie auch die Familienzentren fördern.

211

212 Ziel der CDU ist es, die dauerhaft notwendige Pflege von älteren oder erkrankten Angehörigen in
213 der Weise auszugestalten, dass ein möglichst langes Verweilen im vertrauten Familien- und Wohn-
214 umfeld gegeben ist und pflegende Angehörige weiterhin ihre Berufstätigkeit in vollem Umfang
215 ausüben können. Bei der Schaffung von Tagespflege-Einrichtungen für ältere Menschen in erreich-
216 barer Wohnortnähe können sich Kommunen partnerschaftlich einbringen.

217

218 Wohnen und gesellschaftliche Teilhabe in der Stadt und im ländlichen Raum

219

220 Individuelles und selbstbestimmtes Wohnen von der Jugend bis ins hohe Alter bedeutet ein hohes
221 Maß an Lebensqualität für die Menschen in Schleswig-Holstein.

222

223 Veränderte Ansprüche an das Wohnen bedingen ein Umdenken im Wohnungsbau. Während in
224 Stadtrandgebieten und im ländlichen Raum auch zukünftig klassische Einfamilienhaus-
225 Wohnformen bevorzugt werden, sind in Stadt und Land kleinere Wohneinheiten für junge als auch
226 für ältere Menschen zu schaffen, damit die Menschen ihr gewohntes Lebensumfeld nicht verlassen
227 müssen, um altersgerecht zu wohnen. In Städten mit Universitäten und Hochschulen ist das Ange-
228 bot für studentisches Wohnen zu verbessern.

229

230 Angemessener, barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum für Senioren liegt idealerweise in der
231 Nähe von Versorgungseinrichtungen und in Erreichbarkeit eines öffentlichen und kleinteiligen
232 ÖPNV, um eine gute Mobilität im Alter sicherzustellen.
233

234 Modernes Bauen stellt sich auf diese Belange ein und beinhaltet dabei auch die Schaffung von
235 Barrierefreiheit. Komfortables Wohnen kann sowohl in kleineren Wohneinheiten für Menschen mit
236 geringem allgemeinen Pflegeaufwand stattfinden, als auch in Mehrgenerationenhäusern oder be-
237 treutem Wohnen und sollte auf eine zunehmende Altersarmut abgestimmt sein.
238

239 In einer modernen Gesellschaft nehmen alle Menschen gleichberechtigt am öffentlichen Leben
240 teil. Öffentliche Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen, Sportanlagen, Schwimmbäder,
241 Kultureinrichtungen, aber auch öffentliche Plätze, Park- und Grünanlagen sowie die Infrastruktur
242 des ÖPNV stehen allen Menschen gleichermaßen offen. Um Inklusion in jedem Alter miteinander
243 zu leben, ist die Herstellung von räumlicher Barrierefreiheit eine wichtige Voraussetzung für die
244 Teilhabe an Bildung, Sport und Kultur.
245

246 In den ländlichen Räumen gilt es vor allem die Grundversorgung in Mobilität, medizinischer Ver-
247 sorgung, leistungsfähigem Internet, Kita, Schule und Kultur voranzutreiben und sicherzustellen.
248

249 Wir wollen moderne Mobilitätskonzepte vorantreiben. Projekte wie die Schaffung eines autono-
250 men E-Bus, der den Bahnhof mit der Innenstadt verbindet, können auch im ländlichen Raum erfolg-
251 reich sein, um Orte miteinander zu verbinden. Bürgerbusse sollen weiter unterstützt werden, da
252 diese passgenauer als der Linienverkehr gerade für ältere Menschen das Leben einfacher machen
253 können.
254

255 Im ländlichen Raum ist es immer schwieriger eine ausreichende medizinische Versorgung durch
256 Ärzte sicherzustellen. Die Konzepte der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sollen weiter
257 gedacht werden. Hier sollten auch mehrere Kommunen zusammen diese Idee aufgreifen, um Ärzte
258 vor Ort halten zu können.
259

260 Genauso wichtig wie Gas, Wasser und Strom ist heutzutage schnelles und zuverlässiges Internet in
261 ausreichender Bandbreite. Die Kommunen haben mit der Unterstützung des Breitbandausbaus
262 schon einiges geleistet. In Zukunft wird es zusätzlich darum gehen, flächendeckendes kostenloses
263 WLAN in allen öffentlichen Gebäuden anzubieten. Die Versorgungslücken in den Außenbereichen
264 müssen geschlossen werden.
265

266 Integration von Flüchtlingen
267

268 Unser Ziel ist es, die Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung zu uns kommen und
269 die längerfristig bei uns bleiben werden, gut zu integrieren. Ob dies gelingt, entscheidet sich vor
270 Ort in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen dabei auf ei-
271 nen starken Staat, der die Spielregeln des Zusammenlebens konsequent durchsetzt und die Rah-
272 menbedingungen für Integration schafft.
273

274 Wir mussten aber auch feststellen, dass sowohl die Leistungsfähigkeit als auch die Akzeptanz vor
275 Ort zeitweise an Grenzen gestoßen sind. Deshalb war und bleibt es Aufgabe aller politischen Ebe-
276 nen, die Zuwanderung und die Integration zu ordnen, zu steuern und diejenigen, die nicht bei uns
277 bleiben können, in ihre Heimatländer zurückzuführen. Damit können wir uns besser um diejenigen
278 kümmern, die Schutz brauchen, bei uns bleiben und nun integriert werden müssen.
279

280 Nur klare Zuständigkeiten und eindeutige Verantwortlichkeiten können dazu führen, dass Integra-
281 tion als persönlicher und familiärer Prozess gelingt. Deshalb müssen die Kommunen eine fürsor-
282 gende und steuernde Aufgabe übernehmen. Hierzu müssen die bereitgestellten finanziellen Mittel
283 ohne Umwege und in der Regel ohne einen Abzug durch die Länder unter Beachtung der Aufga-
284 benverteilung bei unseren Kommunen ankommen.

285
286 Sprache und Bildung sind die Grundvoraussetzungen für eine gelingende Integration und Teilhabe
287 an Gesellschaft und Arbeitswelt. Das Beherrschen der deutschen Sprache trägt entscheidend zur
288 Integration bei. Den Schulen kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. (Kurse „Deutsch als Zweitspra-
289 che“, DaZ). Wer aber die Integrationsangebote vor Ort nicht annehmen will verweigert und unsere
290 Rechtsordnung missachtet, muss mit Konsequenzen rechnen.

291
292 Beim Übergang vom Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB II müssen bisher die Kommunen ihren
293 Anteil an den Kosten der Unterkunft (KdU) tragen. Die unionsgeführte Bundesregierung hat die
294 Finanzausstattung der Kommunen mit der Übernahme der Kosten der Unterkunft (KdU) kurzfristig
295 deutlich verbessert. Die große Herausforderung in den Kommunen ist hier die Bereitstellung von
296 ausreichend Wohnraum.

297
298 Wir wollen Integration von Anfang an: Auch zugewanderte und geflüchtete Kinder müssen passge-
299 naue Betreuung und Förderung erhalten. Integrationsvereinbarungen müssen – im Gegenzug zum
300 Rechtsanspruch auf den Betreuungsplatz – den Besuch von Betreuungseinrichtungen, Qualifikati-
301 ons- und Sprachstandsfeststellungen und qualifizierende Elternarbeit vorsehen.

302
303 Feuerwehr

304
305 Das Brand- und Katastrophenschutzwesen ist eines der ursprünglichsten und wichtigsten staatli-
306 chen Aufgaben, die in unserem Land maßgeblich durch das ehrenamtliche Engagement von tau-
307 sendenden Bürgerinnen und Bürgern gewährleistet werden.

308
309 Unser Ziel ist es, die ehrenamtlichen Kräfte und auch die Kräfte der Berufsfeuerwehren bei ihrer
310 wichtigen Arbeit zu unterstützen und ihnen bestmögliche Arbeitsbedingungen zu schaffen.

311
312 Moderne Ausbildung und Ausstattung, persönliche Schutzausrüstungen, Fahrzeuge, Fernmelde-
313 mittel und technisches Einsatzgerät, welches den Anforderungen vor Ort Rechnung trägt, sind
314 Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz. Dazu bedarf es der Unterstützung der Kreise und
315 des Landes bei der rechtssicheren Ausschreibung von Feuerwehrfahrzeugen.

316
317 Um unsere Feuerwehren fit für die Zukunft zu machen, bedarf es qualifizierten Nachwuchts. Eine
318 frühzeitige Bindung junger Menschen an die Feuerwehren wird vor allem durch die Jugendfeuer-
319 wehren erreicht, die wir weiter nachhaltig unterstützen wollen. So genannte Kinderfeuerwehren
320 sollen, soweit es vor Ort leistbar ist, in den Kommunen möglichst flächendeckend eingeführt wer-
321 den. Denn durch Kinderfeuerwehren werden schon Kinder spielerisch an das Thema Feuerwehr
322 herangeführt. Wir wollen uns außerdem gemeinsam mit den Feuerwehren darum bemühen, ver-
323 stärkt Menschen mit Migrationshintergrund und auch Frauen für den haupt- und ehrenamtlichen
324 Dienst in unseren Wehren zu begeistern.

325 Der Brand- und Katastrophenschutz ist für uns eine wichtige Säule der öffentlichen Sicherheit.
326 Gerade die Verzahnung von haupt- und ehrenamtlichen Strukturen leistet dabei einen unverzicht-
327 baren Beitrag.

328
329
330

331 Polizei

332

333 Als CDU stehen wir zur Polizei in der Fläche. Wir begrüßen die Entscheidung der Jamaika-Koalition,
334 den Rückzug der Polizei aus der Fläche zu stoppen. Für uns gehört die Polizei genauso zum Orts-
335 bild, wie die Feuerwehr. Wir stehen zu einer bürgernahen Polizei. Die Polizei muss die Gegebenhei-
336 ten vor Ort kennen und die Bürger ihre Polizei. Weiterhin ist eine Prüfung erforderlich, ob und
337 welche bereits geschlossenen Polizeistationen im Zuge des angekündigten Personalaufbaus wie-
338 dereröffnet werden müssen.

339

340 Die Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität hat weiterhin große Priorität. Hierbei sollen
341 Kommunen und Polizei gemeinsam Konzepte entwickeln, wie die Einbruchskriminalität verringert
342 werden kann.

343

344

345 **III. Bildung, Betreuung und Soziales**

346

347 Unser Ziel als CDU ist es, die Politik in den Kommunen auf Familien und Kinder auszurichten. Wir
348 wollen bestmögliche Rahmenbedingungen für Bildung, Soziales und Betreuung schaffen - unab-
349 hängig von Herkunft und Lebenssituation der betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

350

351 Bezahlbare, bedarfsgerechte Kinderbetreuung auf hohem Niveau

352

353 Eltern und Kommunen müssen bei der Kitafinanzierung weiter entlastet werden. Die Qualität in
354 den Kitas muss gesichert und gestärkt werden. Hierzu sind die von der Landesregierung in Aus-
355 sicht gestellten 180 Millionen Euro ein wichtiger Schritt. Die Zahl der Betreuungsplätze muss wei-
356 ter erhöht und die Ausbildung von Personal verstärkt werden. Wir setzen uns für ein vielfältiges
357 Angebot von freien und kommunalen Trägern ein und wollen auch betriebliche Angebote unter-
358 stützen.

359

360 Ziel der CDU ist es, aus integrativen und pädagogischen Gründen die zugewanderten und geflüch-
361 teten Kinder im Regelsystem – Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – zu betreuen.
362 Spielgruppen leisten ein erstes niederschwelliges Angebot.

363

364 Landesweit ergibt sich ein Bedarf an zusätzlichen Kita-Plätzen und zusätzlichen Fachkräften. Hier-
365 zu muss die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher beschleunigt werden. Die Kommunen sind
366 beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote sowohl bei den erforderlichen Investitionskosten als
367 auch bei den Betriebs- und Personalkosten ausreichend finanziell zu unterstützen.

368

369 Verstärkt sollen Kommunen auf den Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen Betreuungs-
370 einrichtung sowie Tagespflegepersonen und Schulen hinwirken.

371

372 Vereinbarung von Familie und Beruf

373

374 Wir wollen die Kinder- und Familienfreundlichkeit in unseren Kommunen weiter voranbringen.
375 Dazu gehört, Frauen und Männer dabei zu unterstützen, Beruf, Familie und Ehrenamt miteinander
376 zu vereinbaren. Gute zeitlich passende und qualitative Angebote zur Kindertagesbetreuung unter-
377 stützen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wesentlich. Dabei dürfen wir nicht außer Acht
378 lassen, dass die Hauptverantwortung für die Erziehung weiterhin bei den Eltern liegt.

379

380 Familienzentren bedürfen weiterhin einer besonderen Unterstützung.

381

382 Familien mit Kindern erbringen eine große Leistung für unsere Kommunen. Dies muss auch gesell-
383 schaftlich stärker anerkannt werden. Wir stehen für eine gute Familienkultur. Das heißt auch mehr
384 Vorteile als bisher für Familien und Kinder in Behörden und Einrichtungen.

385

386 Gutes und vielfältiges Schulwesen

387

388 Die CDU steht für eine verlässliche und qualitativ hochwertige Bildungslandschaft in Schleswig-
389 Holstein. Die Kommunen tragen dazu einen entscheidenden Teil bei. In ihrer Funktion als Schul-
390 träger schaffen sie die Rahmenbedingungen in Form von Gebäuden, Ausstattung, Schülerbeförde-
391 rung, Betreuungsangeboten und Personal. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist verbunden mit einer
392 hohen Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und erfordert eine gute kommunale Finanz-
393 ausstattung. Die bereits vom Land zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel für Schulbausanie-
394 rung und Stellen insbesondere in Brennpunkten und sind ein gutes Signal.

395

396 Zur Sicherung der Bildungsqualität gehört auch der Erhalt kleiner Grundschulstandorte -
397 insbesondere in den ländlichen Regionen. Hierbei muss die Schulentwicklungsplanung der Kreise
398 berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Mindestschülerzahl für Grundschulen bzw.
399 deren Außenstellen zu flexibilisieren. Eine bedarfsgerechte Betreuung im Grundschulalter muss
400 mit der Unterstützung des Bundes sichergestellt werden.

401

402 Sichergestellt werden muss, dass alle Schulen an das schnelle Internet angebunden werden.

403

404 Wir wollen allen Jugendlichen eine klare Perspektive auf eine Berufsausbildung mit qualifizieren-
405 dem Abschluss bieten. Sowohl in der Ausbildung und beim Übergang der Jugendlichen von der
406 Schule in den Beruf als auch bei der Fort- und Weiterbildung von Fachkräften sind berufsbildende
407 Schulen (BBS) und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) von zentraler Bedeutung. Wir bekennen
408 uns zur dualen Ausbildung.

409

410 Inklusion und Integration

411

412 Inklusion bleibt eine Querschnittsaufgabe. Wir wollen in den Kommunen die UN-
413 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) umsetzen. Wichtig ist für uns, die Menschen mit Behinde-
414 rung und ihre Organisationen sowie die Beauftragten vor Ort in die Diskussionsprozesse einzube-
415 ziehen.

416

417 Die Kommunen haben die Aufgabe, für diese Herausforderung gute Rahmenbedingungen zu schaffen.
418 Wir treten für den Erhalt von Förderschulen ein. Dabei bleibt wichtig, dass die allgemeinbildenden
419 und berufsbildenden Schulen stärker mit Förderzentren kooperieren.

420

421 Das Land ist dafür verantwortlich, dass die unterschiedlichen Unterstützungssysteme Schulbeglei-
422 tung, Schulassistenz, Schulpsychologinnen und -psychologen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter im
423 Interesse eines effizienteren Ressourceneinsatzes besser zusammenarbeiten und somit auch die
424 Kommunen entlasten. Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand ein.

425

426

427 Kinder-/Jugendhilfe

428

429 Eltern wollen wir schon vor der Geburt des Kindes unterstützen, um die Erziehungskompetenz zu
430 stärken und Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen. Wir werden dafür Frühe Hilfen stärken. Eine
431 besondere Rolle kommt bei der Bereitstellung niedrigschwelliger Hilfsangebote den Familienzen-
432 tren, Familienbildungsstätten und Mehrgenerationenhäusern zu.

433 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf politische Mitgestaltung. Hierfür bildet der § 47f der
434 Gemeindeordnung (GO) zur Kinder- und Jugendbeteiligung die Grundlage und soll entsprechend
435 unterstützt werden. Jugendverbandsarbeit wollen wir angemessen fördern.

436

437 Das Unterhaltsvorschussgesetz ist reformiert und die Höchstaltersgrenze als auch die Bezugsdau-
438 ergrenze erhöht worden. Die Neuregelung ist gut für die Familien und die Kinder, sie darf aber
439 nicht zu einer zusätzlichen Belastung für die Kommunen führen.

440

441 Gesundheit/Krankenhauswesen

442

443 Die Sicherstellung der wohnortnahen, ambulanten medizinischen Versorgung in den Kommunen
444 Schleswig-Holsteins ist eine große Herausforderung aber unverzichtbar. Wir wollen für eine be-
445 darfsgerechte und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen
446 Raum und auf den Inseln sorgen.

447

448 Damit die Krankenhäuser in Schleswig-Holstein eine flächendeckende Versorgung mit stationären
449 Leistungen aufrecht erhalten können, muss das Land für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen
450 und die Mittel für Investitionen aufstocken.

451

452 Für die Geburtshilfe gilt, dass die Wahlfreiheit erhalten bleibt und Geburtsstationen im ganzen
453 Land erreichbar bleiben müssen. Die besondere Situation der strukturschwachen Räume sollte
454 berücksichtigt werden. Der von der Landesregierung vorgesehene Versorgungssicherungsfonds
455 zur Erhaltung von ambulanten und stationären Angeboten in der Fläche, muss schnell umgesetzt
456 werden.

457

458 Wir unterstützen zur Sicherung einer bedarfsgerechten und wohnortnahen Gesundheitsversor-
459 gung Modellprojekte wie Medizinische Versorgungszentren. Diese dienen, insbesondere der zu-
460 künftigen hausärztlichen Versorgung und dazu, weitere medizinische Angebote zu bündeln. Ergän-
461 zend sollten Kommunen die Einführung von "Gemeindeschwestern" ebenso prüfen und begleiten,
462 wie häusliche und ambulante Pflegedienste in kommunaler Trägerschaft. Hierbei kommt der Schaf-
463 fung von Tagespflege-Einrichtungen eine besondere Bedeutung zu, damit pflegebedürftige Men-
464 schen in Schleswig-Holstein möglichst lange im gewohnten Umfeld wohnen und leben können.
465 Positiv bewerten wir die im Rahmen der Digitalisierung zu erwartenden Synergien in der Telemedi-
466 zin.

467

468 Sport in den Kommunen

469

470 Sport und Bewegung sind gut für die Gesundheit und fördern außerdem das gesellschaftliche Zu-
471 sammenleben, in dem Werte wie Teamgeist, Toleranz und Fairness vermittelt werden. Der Sport ist
472 damit auch für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung. Für Bil-
473 dungseinrichtungen und Vereinen gilt gleichermaßen, dass Angebote für alle Altersklassen durch
474 die Kommunen gefördert werden. Wir fördern den Breitensport und werden dadurch die Vielfalt
475 unserer Sportvereine erhalten.

476

477 Die Sportvereine sind dabei, sich den gesellschaftlichen Veränderungen zu stellen. Zunehmende
478 Unterrichts- und Betreuungsangebote der Schulen am Nachmittag stellen auch für die Sportverei-
479 ne neue Herausforderungen dar. Durch die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft sind
480 neue Konzepte zur Mitgliedergewinnung und -bindung notwendig. Die CDU setzt sich dafür ein,
481 dass die Kommunen die Vereine bei diesen Veränderungsprozessen unterstützen.

482

483 Viele kommunale Sportstätten stammen aus den sechziger und siebziger Jahren und sind stark
484 sanierungsbedürftig. Die CDU begrüßt die Pläne der Landesregierung, die Kommunen und Vereine
485 durch Förderprogramme im Bereich von Sportstättenbau und -sanierung zu unterstützen.
486

487 **IV. Umwelt, Klima und Siedlungsentwicklung**

489 Der demographische Wandel stellt ländliche Gemeinden und Städte vor neue städtebauliche Her-
490 ausforderungen. Viele Dörfer verlieren Einwohner, junge Menschen drängen in die Städte. Die
491 Folgen sind knapper Wohnraum und steigende Immobilienpreise auf der einen Seite und Dörfer
492 mit leerstehenden Gebäuden und weniger werdender sozialer Infrastruktur auf der anderen Seite.
493

494 Ziel der CDU ist es, hier einen Ausgleich zu schaffen, um den ländlichen Raum zukunftsfähig zu
495 machen und zugleich die Städte bei ihren vielfältigen und besonderen Herausforderungen zu un-
496 terstützen.
497

498 Siedlungsentwicklung

499 Unser Ziel ist die Schaffung ausreichenden Wohnraums in allen Preissegmenten und Bereichen
500 unter Berücksichtigung der geänderten Lebensverhältnisse.
501

502 Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum bleibt eine zentrale Aufgabe von Kommunen. Dabei
503 gilt es, die unterschiedlichen Bedarfe zu unterstützen, sei es Wohnungsbau für junge Familien,
504 Menschen mit Behinderungen, oder ältere Menschen, die ggf. eine Betreuung wünschen oder be-
505 nötigen. Dabei sind kommunale Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen, z. B. die
506 Festlegung einer Quote mit entsprechender Bindungsfrist von sozial gefördertem Wohnraum in B-
507 Plänen oder die Ausweisung von Mietwohnungen in einem bestimmten Gebiet. Schleswig-Holstein
508 bedarf daher einer umfassenden Wohnungsbauinitiative, sowohl im sozialen als auch im frei finan-
509 zierten Wohnungsbau. Dazu müssen ordnungsrechtliche und steuerliche Anreize geschaffen, ggf.
510 die Landes- und Regionalplanung angepasst und Hemmnisse auch bei der Baulandmobilisierung
511 abgebaut werden.
512

513 Eine besondere Rolle kommt dabei auch den Beziehungen zwischen den Städten und ihrem Um-
514 land zu. Im Rahmen der bestehenden Strukturen ist es hilfreich und sogar erforderlich, abgestimm-
515 te Planungen vorzunehmen, z.B. in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Verkehr oder Schulentwick-
516 lung.
517

518 Der Landesentwicklungsplan muss den betroffenen Kommunen die notwendige Flexibilität eröff-
519 nen. Die Gemeinden müssen von der Landesplanung mehr Spielraum bei ihrer eigenverantwortli-
520 chen Entwicklung erhalten. Es gilt aber auch hier das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwick-
521 lung“, d.h., dass eine Revitalisierung von brachliegenden Innenflächen vorrangig anzustreben ist.
522

523 Energiewende

524 Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende. Der Ausbau der Windenergie soll mit Augen-
525 maß fortgesetzt werden. Eine frühzeitige Einbindung der Kommunen sowie der Bürgerinnen und
526 Bürger in die Planungsprozesse dient der Abwägung aller Interessen, einer größeren Transparenz
527 und gibt Planungssicherheit für alle Beteiligten. Die CDU begrüßt, dass die Landesregierung inten-
528 siv nach Möglichkeiten sucht, um das Repowering auf Bestandsflächen, vor allem in Küstennähe
529 weiterhin zu ermöglichen.
530

534 Eine höhere Akzeptanz erneuerbarer Energien in den Kommunen soll mit der Unterstützung von
535 Investitions- und Betreibergesellschaften, die eine Bürgerbeteiligung vorsehen, gefördert werden.
536 So können die Bürger vor Ort von der Energiewende profitieren, nämlich diejenigen, die die Lasten
537 zu tragen haben.

538
539 Die sogenannte Sektorenkopplung soll weiter ausgebaut werden, d.h. ein Teil der erzeugten Ener-
540 gie wird direkt vor Ort den Verbrauchern und Betrieben zur Verfügung gestellt, oder es werden
541 intelligente Speichersysteme zur Speicherung von Wärme oder Strom entwickelt. Ein Teil der
542 Wertschöpfung der Energiewende bleibt so vor Ort.

543
544 Gemeindeeigene Gebäude sind nach Möglichkeit energietechnisch zu sanieren, um eine Vorbild-
545 funktion in der Gemeinde auszulösen.

546
547 Kommunen müssen sich darauf einstellen, dass ihr Gemeindegebiet für unterirdische Speicher von
548 Wasserstoff, Methan oder Wärme in Frage kommt. Die verstärkte Nutzung von Geothermie kann
549 ein weiterer Baustein der Energiewende sein.

550

551 Landwirtschaft und Naturschutz

552

553 Unser Land ist geprägt durch eine landwirtschaftlich genutzte Kulturlandschaft. In den letzten
554 Jahrzehnten ist die Landwirtschaft zunehmend moderner geworden. Die Digitalisierung ist aus
555 modernen landwirtschaftlichen Betrieben nicht mehr wegzudenken. Produktivitätssteigerung und
556 Effizienz sind die Folgen, die einerseits wünschenswert sind, andererseits unmittelbare Folgen für
557 das Leben in der dörflichen Gemeinschaft oder für die Natur haben.

558

559 Nur noch wenige landwirtschaftliche Betriebe prägen das heutige Leben auf dem Land. Eine inte-
560 grierte ländliche Entwicklung bedeutet, dass unterschiedliche Akteure mit den Gemeindevertre-
561 tungen eine Entwicklungsstrategie erarbeiten. Neben den klassischen Zielen wie Wegebau und
562 Dorferneuerung kann das der Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten sein, d. h. der über-
563 wiegende Teil der Wertschöpfung verbleibt in der Region. Eine Verzahnung von Produktion und
564 Dienstleistung ist sinnvoll, z. B. die Eigenvermarktung und Verarbeitung von landwirtschaftlichen
565 Produkten, Kooperationen mit Gastronomen oder einer touristischen Veranstaltung.

566

567 Ein weiteres Beispiel dieser Verzahnung kann die Errichtung von sogenannten „Mehrfunktionshäu-
568 sern“ sein, das ist z. B. eine Kombination aus Dorfladen, Geldautomat, Friseur oder Versammlungs-
569 raum in einem öffentlichen Gebäude.

570

571 Der Erhalt der biologischen Vielfalt und der Gewässerschutz sind neben den vielfältigen Funktio-
572 nen der Agrarwirtschaft zentrale Aufgaben für Landwirtschaft und Gemeinden.

573

574 Zur Erhaltung der Biodiversität können u. a. Tümpel erhalten, solitäre Bäume und Hecken ge-
575 schützt, Blühstreifen oder Uferrandstreifen angelegt, ein Insektenhotel gebaut oder der Anbau von
576 Streuobstwiesen auf kommunaler Ebene gefördert werden. Das gilt in gleichem Maße für öffentli-
577 che Flächen in Städten. Auch diese Flächen können unter ökologischen Gesichtspunkten gestaltet
578 werden, um den Erhalt heimischer Pflanzen zu verbessern und die Nahrungsgrundlage für Insekten
579 und Vögel zu erweitern.

580

581 Die Verantwortung der Kommunen für die Abfallwirtschaft als öffentlich-rechtlicher Träger der
582 Entsorgung darf aus wirtschaftlichen und auch aus ökologischen Gründen nicht gefährdet werden.

583

584 **V. Wirtschaft, Verkehr und Tourismus**

585

586 Die für die Bürgerinnen und Bürger notwendigen Verkehrsmittel sind sehr unterschiedlich und
587 individuell. Wohn- und Arbeitsort und die entsprechenden vorhandenen Angebote an Verkehrs-
588 verbindungen bestimmen die unterschiedlichen Verhaltensweisen und die Wahl der Verkehrsmit-
589 tel. Gerade Berufspendler und Fahrschüler brauchen funktionierende Verkehrsverbindungen. Ziel
590 einer vernünftigen Verkehrspolitik sollte es sein, den Anspruch auf Mobilität zu erfüllen und ein
591 partnerschaftliches Miteinander fördern. Wir wollen die Voraussetzungen für das jeweils beste
592 Verkehrsmittel für die zu bewältigenden Wege schaffen.

593

594 Straßen und Radwege

595

596 Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz und eine gute Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger ist
597 wesentlich für die Lebensqualität in Städten und im ländlichen Raum. Dazu gehört es, vorhandene
598 Straßen funktionsfähig zu unterhalten, neue Verkehrswege auf Straße und Schiene auszubauen
599 und den sinnvollen Wechsel der Verkehrsmittel zu ermöglichen.

600

601 Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden – und insbesondere unsere Innenstädte – für alle
602 Verkehrsmittel erreichbar bleiben. Entsprechende intelligente Systeme der Verkehrslenkung und
603 der Parkraumbewirtschaftung sollen einen Verkehrskollaps vermeiden. Spezielle Umweltzonen in
604 den großen Städten lehnen wir allerdings ab.

605

606 Wir brauchen Verkehrswege in einem guten baulichen Zustand und wollen mehr Geld in die Infra-
607 struktur investieren. Gerade bei der Erneuerung der Infrastruktur wie der Versorgungs- und Ent-
608 sorgungsleitungen wollen wir ein abgestimmtes Baustellenmanagement, das dazu führt, dass die
609 die Gemeinden, Versorgungsunternehmen und Tiefbauer zügig und wirtschaftlich ihre Maßnah-
610 men durchführen.

611

612 Bisher gab es für die Kommunen die Pflicht, beim Ausbau von Straßen von den Bürgerinnen und
613 Bürgern Ausbaubeiträge erheben zu müssen. Die CDU begrüßt die Pläne der Landesregierung, die
614 Kommunen künftig selbst entscheiden zu lassen, ob Beiträge erhoben werden sollen oder nicht.
615 Dies gibt den Städten und Gemeinden in einem wesentlichen Thema die Entscheidungshoheit zu-
616 rück.

617

618 Der Ausbau des Radwegenetzes ist voranzutreiben. Gerade im innerstädtischen Verkehr ist das
619 Fahrrad ein ernst zu nehmendes alternatives Verkehrsmittel. Allerdings befinden sich viele Radwe-
620 ge in einem mangelhaften Zustand. Neben dem Neubau von Radwegen sollte die Sanierung vor-
621 rangig sein.

622

623 Ziel der CDU ist es, an öffentlichen Einrichtungen und in den Innenstädten mehr Abstellmöglich-
624 keiten für Fahrräder zu schaffen. Neuen Konzepten, wie der Schaffung von Radschnellwegen, ste-
625 hen wir aufgeschlossen gegenüber.

626

627 Öffentlicher Personennahverkehr

628

629 Die neuen digitalen Technologien bieten die Möglichkeit, verschiedenste Verkehrsträger gut mit-
630 einander zu vernetzen. Dazu wollen wir ein Netz aus aufeinander abgestimmten Busverbindungen,
631 Schienenverkehr, Radverleihsystemen und Car-Sharing-Angeboten schaffen und den Wechsel zwi-
632 schen den Verkehrsmitteln erleichtern. Wichtig sind dabei übergreifende und landesweit abstim-
633 mte Tarifstrukturen. Die Angebote müssen gut erreichbar und barrierefrei sein. Angebote im Rah-
634 men der Elektromobilität sind weiter zu fördern und auszubauen.

635 Kommunale Energieversorger sollen die Möglichkeiten von eigenen E-Tankstellen auf öffentlichen
636 Parkplätzen oder Parkhäusern nutzen und können somit zum Ausbau des E-Tankstellennetzes bei-
637 tragen. Der Einsatz von Elektrobussen im ÖPNV ist zu erhöhen.

638

639 Digitalisierung/Breitband

640

641 Die notwendige Digitalisierung insbesondere durch den Breitbandausbau mit zukunftsorientierter
642 Glasfasertechnologie ermöglicht es, dass sich auch private Unternehmen mehr als bisher im ländli-
643 chen Raum ansiedeln.

644

645 Für bestehende Unternehmen ist der Glasfaserausbau unverzichtbar. Daher ist die flächendecken-
646 de Verfügbarkeit von schneller Breitband- und auch Mobilfunkversorgung zwingend erforderlich.
647 Der Glasfaserausbau gerade auch in den ländlichen Räumen ist konsequent und schneller voranzu-
648 treiben. Kooperationsmodelle im kommunalen Bereich (wie Zweckverbände) sind anzustreben,
649 damit eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaser gewährleistet wird.

650

651 Bestrebungen von Unternehmen „Zwischentechnologien“ wie z.B. Vectoring einzuführen sind
652 nicht die Lösung für die Zukunft. Es gilt zu verhindern, dass sich der eigenwirtschaftliche Ausbau
653 von Breitbandinfrastruktur nicht nur auf die lukrativsten Regionen beschränkt. Für die ländlichen
654 Räume muss sichergestellt werden, dass der Ausbau flächendeckend erfolgt. Hierzu bedarf es kon-
655 zeptionelle Lösungen im Rahmen wettbewerblicher Regeln.

656

657 Der zügige Ausbau des Breitbandnetzes steht im Zentrum, um die regionale Daseinsvorsorge auch
658 im Bereich der Wirtschaft zu sichern und ist aktive Standortpolitik. Breitband ist ein entschei-
659 der Standortfaktor. Dies gilt bereits heute sowohl für den Erhalt, die Weiterentwicklung und die
660 Ansiedlung von Unternehmen als auch für die Wohnortwahl von Familien, und dies gilt zukünftig
661 noch stärker. Daher muss über die Erreichung des „50 Mbit/s-Ziels“ hinaus auch in den ländlichen
662 Räumen flächendeckend eine hochleistungsfähige Infrastruktur entstehen.

663

664 Durch die Vernetzung und Verbindung innerhalb der Städte, Gemeinden und Kreisen werden
665 Mehrwerte für die Einwohner und Gewerbetreibenden und damit die Voraussetzungen für gleich-
666 berechtigte Teilhabe im Sinne der Daseinsvorsorge geschaffen. Einheitliche digitale Standards für
667 Kommunen und Unternehmen können dabei die Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen er-
668 leichtern, dürfen aber auch nicht Handlungsspielräume unnötig beschränken und Kosten hochtrei-
669 ben.

670

671 Wirtschaftliche Entwicklung

672

673 Eine aktive kommunale Wirtschaftsförderung schafft die Grundlage für Arbeitsplätze und kommu-
674 nale Steuereinnahmen. Dazu ist es erforderlich, den bereits vor Ort ansässigen Unternehmen gute
675 Standortbedingungen zu bieten und neue Unternehmen aktiv anzusiedeln.

676

677 Branchen wie der Tourismus, die Energieerzeugung oder Handel und Handwerk gewinnen zuneh-
678 mend stärker an Bedeutung. Daher müssen entsprechende wirtschaftliche Entwicklungsperspekti-
679 ven eröffnet werden. Unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten ist Flä-
680 chenvorsorge für die Erweiterung ortansässiger Betriebe und für die Ansiedlung von Unternehmen
681 in den Kommunen zu ermöglichen. Dies ist unverzichtbare Voraussetzung für den Erhalt und
682 Schaffung von ortsnahen Arbeitsplätzen.

683

684 Interkommunale Gewerbegebiete sind ein guter Weg zur Stärkung der Zusammenarbeit im kom-
685 munalen Raum, als auch für das Zusammenwirken von Stadt und Land.

686 Die derzeitigen vergaberechtlichen Vorschriften belasten die Wirtschaft. Mehr als die Hälfte der
687 Unternehmen werden durch die komplizierten Regeln von der Teilnahme an öffentlichen Aus-
688 schreibungen abgeschreckt. Das ist nicht nur nicht schlecht für die gewerbliche Wirtschaft, son-
689 dern auch für die öffentlichen Haushalte. Betroffen sind insbesondere kleine und mittlere Unter-
690 nehmen.

691
692 Das Vergaberecht muss einfach, verständlich und handhabbar sein. Dies schließt auch den Wegfall
693 des Landesmindestlohnes ein. Das Tariftreue- und Vergabegesetz überfordert gerade kleine und
694 mittlere Unternehmen wie auch die Kommunen mit seinen teils schwer verständlichen, teils wider-
695 sprüchlichen, teils kaum umsetzbarer Regelungen und führt zu nicht vertretbarem Mehraufwand.
696 Deshalb begrüßen wir die Ankündigung der Landesregierung, das Tariftreuegesetz zu überarbeiten
697 Die derzeitigen Regelungen für Wertegrenzen bei Vergaben sind zu verlängern und der Preisent-
698 wicklung anzupassen.

699
700 Die Unterschwellenvergabeordnung des Bundes sollte in Schleswig-Holstein eingeführt werden,
701 um gerade kleineren Betrieben mehr Möglichkeiten zu geben, sich auf kleinere aber auch größere
702 Ausschreibungen ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand zu bewerben.

703
704 Tourismus

705
706 Mit knapp acht Milliarden Euro Jahresumsatz sowie über 150.000 Arbeitsplätzen ist der Tourismus
707 ein herausragender weiter wachsende Wirtschaftszweig und ein großer Imagefaktor für das Land.
708 Der Tourismus im Land ist nicht nur Umsatzbringer, sondern leistet über Steuereinnahmen einen
709 wichtigen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte.

710
711 Die Tourismusstrategie 2025 ist weiter fortzuführen und zu evaluieren. Die Rahmenbedingungen
712 sind gerade auch im Hinblick auf die Nachfrage im Tourismusmarkt nachzujustieren, weiter zu
713 entwickeln und zu optimieren. Dabei ist eine Abstimmung mit den Kommunen wichtig. Für die
714 Entwicklung des ländlichen Raumes hat der Tourismus eine hohe Bedeutung und steigert die At-
715 traktivität und Lebensqualität für Einwohner und Gäste und ist somit ein wichtiger Standortfaktor
716 für alle Unternehmen des Landes und für potenzielle Investoren.

717
718 Qualität und Qualifizierung des touristischen Angebotes sind den Markterfordernissen anzupas-
719 sen. Die Infrastruktur der Tourismusorte und die bessere Erreichbarkeit der Tourismusdestinati-
720 onen über ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept sind vorrangig. Das bedeutet aus der Sicht der
721 Kommunen, dass neben den Finanzierungsinstrumenten der Orte die Fördermittel zielgerichteter
722 eingesetzt werden. Der Tourismus muss ein Schwerpunkt der neuen Förderperiode der EU ab 2021
723 sein.

724
725 Die Kur- und Tourismusabgaben sind unter der derzeitigen Finanzausstattung der Kommunen un-
726 verzichtbar. Eine Weiterentwicklung gerade auch unter dem Spektrum der praktikablen Gestaltung
727 ist notwendig. Die Tourismusorte sind durch touristische Aspekte bei der Gesetzgebung und der
728 Landesplanung zu unterstützen. Für die Auslastung der Tourismusorte mit allen Begleiterschei-
729 nungen ist es nach Jahren der Diskussion zwingend notwendig, dass der Sommerferienkorridor ab
730 2025 nun endlich die möglichen 90 Tage voll ausschöpft.

731
732 Die derzeitige „Bäderregelung“ basiert auf der Bäderverordnung vom 21. Mai 2013 und gilt bis zum
733 14. Dezember 2018 mit der Option auf eine Verlängerung um fünf Jahre. Sie ist ein Kompromiss,
734 der zumindest Planungssicherheit bedeutet, aber durch die Reduzierung der Saisonzeiten und vor
735 allen Dingen der täglichen Öffnungszeiten zu spürbaren Einschränkungen für die touristischen
736 Anbieter geführt hat.

737 Geändert hat sich seit 2013 insbesondere das Verhalten der Gäste. Das Einkaufserlebnis hat als
738 eines der Top-Urlaubsaktivitäten deutlich an Bedeutung gewonnen. Neben der Erholung in einer
739 intakten Natur und einer zeitgemäßen touristischen Infrastruktur erwarten die Gäste auch die
740 Möglichkeit entspannten Einkaufens in den Urlaubsorten. Dies führt zu einer Belebung der Innen-
741 städte und eröffnet die Chance, neue Gästegruppen zu gewinnen.

742
743 In Schleswig-Holstein wird der Sonntagsverkauf nur noch gestattet, wenn parallel Veranstaltungen
744 organisiert werden, die ebenso viele Besucher anziehen wie die Ladengeschäfte. Dies führt bei der
745 Genehmigung von Verkaufsoffenen Sonntagen zu Unsicherheiten bei der Vergabe. Hier muss das
746 Land für mehr Rechts- und Planungssicherheit für Kommunen und Einzelhandel sorgen.

747
748 *****

750
751
752 **Kommission „Leitlinien zur Kommunalwahl 2018“**

753
754
755 Vorsitzender: Dr. Henning Görtz
756 (Landesvorsitzender KPV, Landrat Kreis Stormarn)

757
758 Mitglieder: Heike Beukelmann
759 (Vors. CDU-Fraktion Kreistag Pinneberg)

760
761 Petra Bülow
762 (Amtsvorsteherin, Bürgermeisterin Hollingstedt, Vors. GT SL-FL)

763
764 Oliver Dörflinger
765 (Kämmerer kreisfreie Stadt Neumünster)

766
767 Katharina Heldt
768 (Vors. CDU-Fraktion Stadt Eckernförde)

769
770 Christoph Münch
771 (KPV-Landesvorstand)

772
773 Ole Plambeck, MdL
774 (CDU-Landtagsfraktion, KPV-Landesvorstand)

775
776 Ulrich Rüder
777 (Kreispräsident OH, Bürgermeister a.D.)

778
779 Geschäftsführung Jörg Hollmann
780 (KPV-LGF, Vors. Hauptausschuss RD-ECK)